

ZEUGENSCHRIFTUM

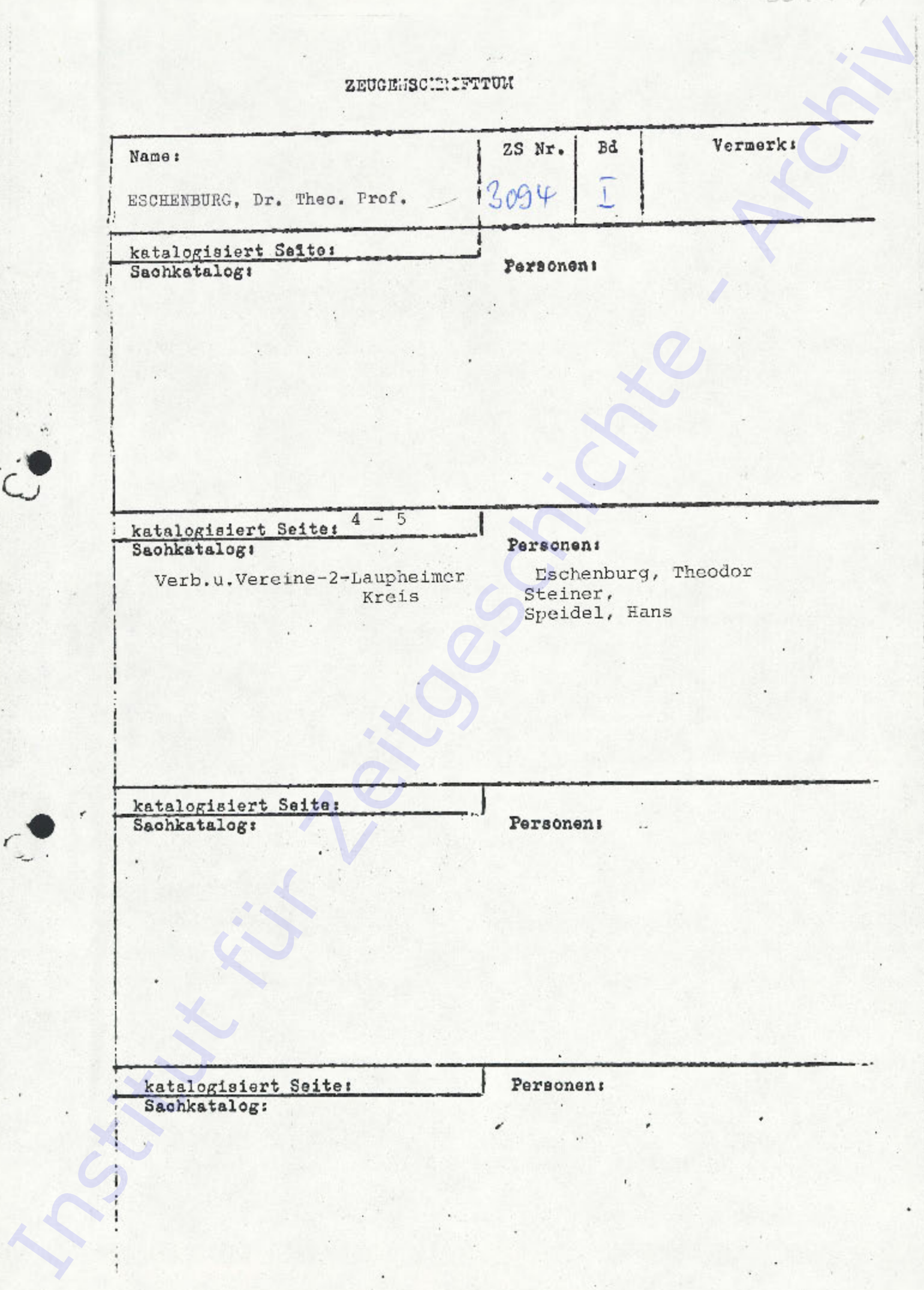
| | | | |
|--------------------------------------|----------------|---------|----------|
| Name: ESCHENBURG, Dr. Theo. Prof. | ZS Nr. 3094 | Bd I | Vermerk: |
|--------------------------------------|----------------|---------|----------|

| | |
|--------------------------------------|-----------|
| katalogisiert Seite: Sachkatalog: | Personen: |
|--------------------------------------|-----------|

| | |
|------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------|
| katalogisiert Seite: 4 - 5 Sachkatalog: Verb.u.Vereine-2-Laupheimer Kreis | Personen: Eschenburg, Theodor Steiner, Speidel, Hans |
|------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------|

| | |
|--------------------------------------|-----------|
| katalogisiert Seite: Sachkatalog: | Personen: |
|--------------------------------------|-----------|

| | |
|--------------------------------------|-----------|
| katalogisiert Seite: Sachkatalog: | Personen: |
|--------------------------------------|-----------|



Professor Dr. THEODOR ESCHENBURG

74 Tübingen, den 12. August 1974

Brunnenstraße 33
Tel. (07122) 2945 06

2026/74

KOPIE
angefertigtHerrn
Professor Dr. Broszat
Institut für Zeitgeschichte8 München 19
Leonrodstr. 46 b

Eingegangen

22. AUG. 1974

Ch

Lieber Herr Broszat,

lassen Sie mich im Nachgang zu meinem Schreiben vom 5. August noch einige Bemerkungen sagen:

Ohne Übertreibung kann ich wohl behaupten, dass nur wenige Universitätsprofessoren so viele Aufsätze und Glossen in Tages- und Wochenzeitungen veröffentlicht haben wie ich. Ich glaube daher, dass ich seit 1946 einen gewissen Einblick in das Pressewesen habe. Ich habe viele Personen, Institutionen und Maßnahmen scharf attackiert. Was ist mir eigentlich geschehen? Die Zahl der Ablehnungen, die ich in fast dreißig Jahren erfahren habe, lassen sich an einer Hand abzählen, und diese Ablehnungen sind erfolgt aus irgendwelchen aktuellen Anlässen, nicht aber wegen Richtungsfragen. Ich weiß wirklich nicht, wann ich wegen Differenzen unter einem ökonomischen Druck gelitten habe. Vielleicht hat Herr Springer einmal eine Weisung an "Die Welt" gegeben, mich totzuschweigen. Das habe ich ihm auch einmal auf den Kopf zugesagt, aber gelitten habe ich nicht darunter.

Man muss überhaupt unterscheiden zwischen innerredaktionellen, verlegerischen und äusseren Druck. Es gibt sehr autoritäre leitende Redakteure, dazu gehörte beispielsweise Theodor Wolf. Nach dem was ich über die Frankfurter Allgemeine Zeitung weiß, ist eine solche autoritäre Figur Herr Welter. Abweichend von Sethe bin ich der Auffassung, dass Welter aus politischen Überlegungen, und wie es seiner ganzen Anlage entspricht, maßgeblich dessen Übertritt veranlasst hat. Der ökonomische Druck spielt, wenn überhaupt, erst in zweiter Linie eine Rolle. Wahrscheinlich ist der FAZ der unmittelbare und ständige Zugang zu Adenauer wichtiger gewesen als wirtschaftliche Interessen. Den Druck, den Kanzler und Minister auf Zeitungen ausüben können, indem sie deren Journalisten den Zugang zu ihren Amtszimmern und Büros versperren, vermag auch kein Presse-rechtsrahmengesetz auszuschliessen.

Ich kenne die internen Verhältnisse einer Reihe von Zeitungen recht gut. Bucerius von "der Zeit", ist meiner Aufsätze wegen geprügelt worden. Er hat sich nachträglich auch über den Inhalt des einen oder anderen Artikels mit mir auseinandergesetzt, aber nie auch nur den geringsten Einfluss bei Drucklegung ausgeübt. Ein einzigesmal hat Bucerius mit nachts um eine Korrektur gebeten, da ging es aber um eine Polemik gegen Nannen, den Chefredakteur des Sterns, an dem er auch beteiligt ist. Ausgerechnet Nannen, der so gern als höchst liberal erscheinen möchte, hatte hart auf die Korrektur gedrängt.

| | |
|---------------------------------------|---------------|
| Institut für Zeitgeschichte ARCHIV | |
| Akz. 5317/74 | Best. 75 3094 |
| Rep. - | Kat. |

Im übrigen erscheint mir, was Bucerius in seinem neuen Buch über das Verhältnis zwischen Verleger und Redaktion schreibt, einleuchtend und glaubwürdig. Das ist ja oft in Rezensionen weitgehend anerkannt worden. Die sehr liberalen Verhältnisse der Süddeutschen Zeitung und ebenso in der Redaktion der Stuttgarter Zeitung, glaube ich sehr genau zu kennen. Bekanntlich sind die Anteile der Familie Bosch an der Stuttgarter Zeitung vor einigen Jahren verkauft worden. Die Vermögensinteressen der Familie Bosch wurden von Vorstandsmitgliedern der Firma Bosch verwaltet. Die Firma Bosch ist vielfach von ihren Lieferanten, Kunden und Kreditgebern gedrängt worden, bei der Stuttgarter Zeitung wegen irgendwelcher diesen nicht genehmen Publikationen zu intervenieren. Das wollte Bosch nicht. Andererseits wollte Bosch sich mit der Politik der Stuttgarter Zeitung nicht mehr belasten. Der Verkauf war also eine Aktion zum Schutz der Pressefreiheit.

Im Spiegel erscheinen immer wieder Aufsätze gegen die Richtung von Augsten. Ich weiss wie autoritär Augstein mit seiner Redaktion umgeht. Aber diese Richtungsabweichungen lässt er zu.

Dass die Regierung einzelne Minister oder Staatssekretäre Druck auf Redaktionen oder einzelne Journalisten ausüben, ist keine spezifisch deutsche Erscheinung, das kommt in der ganzen Welt vor, und dieser Druck wird bleiben, auch wenn den Zeitungen die privatwirtschaftliche Basis genommen oder wesentlich eingeengt werden sollte.

Ich finde, dass Herr Soell die Darstellung der Pressesituation in Deutschland stark übertrieben hat. Dass sich die Bundesrepublik, was die Liberalität der Pressepolitik angeht, auch der internen, mit der der ganzen Welt messen kann, behaupte ich in "streitbarer Einfachheit".

Was die Pressekonzentration angeht, so war sie in den fünfziger Jahren wirtschaftlich einfach notwendig. Es gab eine Fülle von Zeitungen, vor allem lokaler Art, die sich einfach nicht mehr halten konnten. Der Mythos der Pressevielfalt wird einfach übertrieben. Dass in jeder kleinen Stadt eine eigene Zeitung erscheinen muss, halte ich nicht für erforderlich. Diese Art von Konzentration mindert nicht die Pressefreiheit. Soelle sieht m.E. die Motivation der Pressekonzentration in den fünfziger Jahren falsch. Nach meiner Kenntnis, aus der ich in einer Reihe von Veröffentlichungen keinen Hehl gemacht habe, ist die Abhängigkeit der Lokalpresse von der Stadtverwaltung wesentlich grösser, als die der grösseren Presse von der Wirtschaft. Diese lokale Abhängigkeit beruht vielmehr auf gesellschaftlichen Interessen aus Angst vor Konflikten, als auf wirtschaftlichem Druck, den eine Stadtverwaltung im allgemeinen nicht auszuüben vermag. Die Zahl der Bürgermeister, die die heimlichen Chefredakteure ihrer lokalen Zeitungen sind, ist groß.

Ich gebe zu, dass die jetzige Pressekonzentration eine sehr viel bedenklichere Erscheinung ist, weil durch sie die zweiten und dritten Generalanzeiger in den grösseren Städten zum Erliegen kommen. Wenn aber das einem Verhältnis von Verkauf einerseits und Inseraten andererseits 1:4 ist, also die Inseratenabhängigkeit

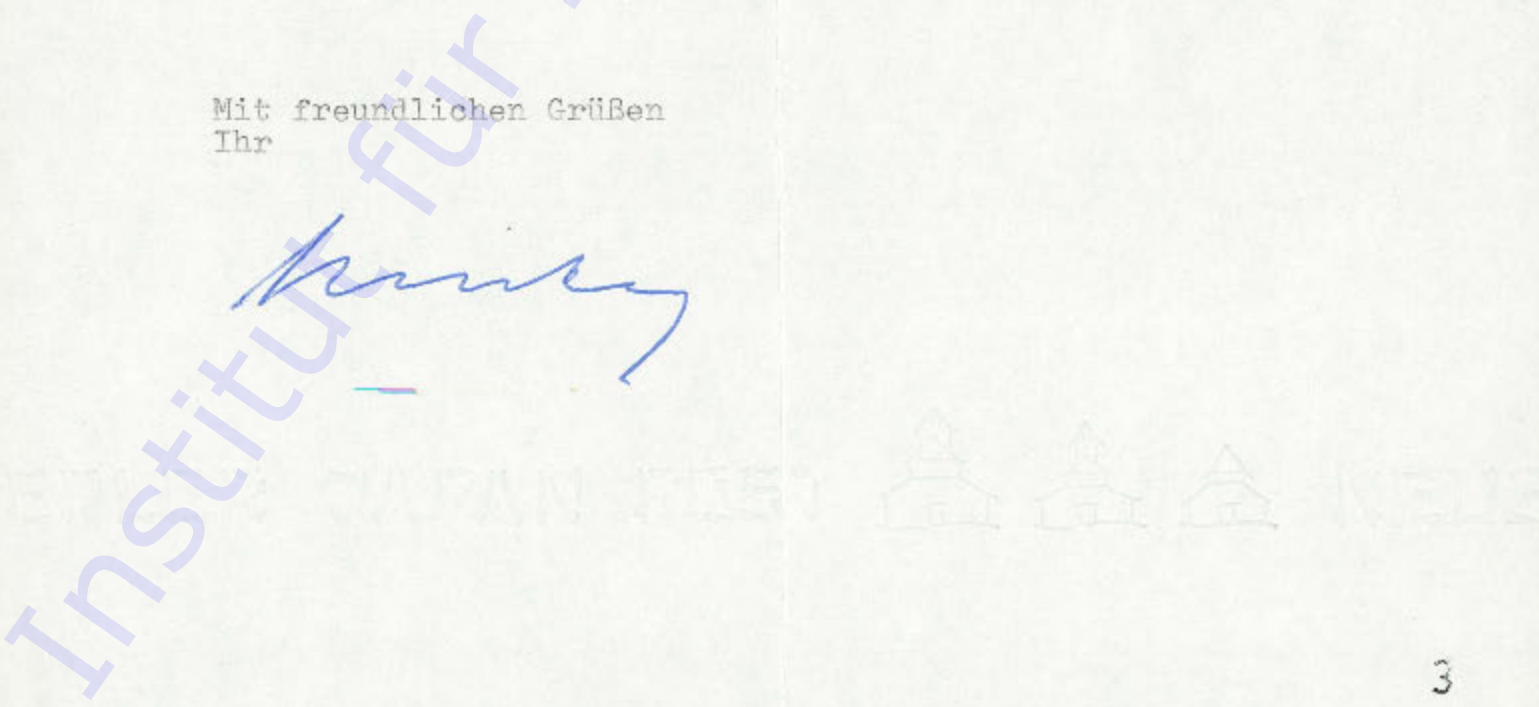
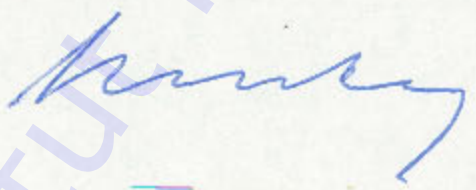
der Zeitungen zu gross ist, dann ist diese Konzentration bei einem Interessenrückgang von 30% unvermeidlich. Ich sehe hier auch kein Mittel, um diesen Prozess zu verhindern.

Was in den Rundfunkräten geschieht, dann ist dieser Einfluss auf den Rundfunkjournalismus wesentlich gefährlicher, als der kapitalistische. Ich verospreche mir auch nicht viel vom Presserechtsrahmengesetz. Hier teile ich die Auffassung Augsteins. Die Rentabilität der Zeitungen kann dieses Gesetz nicht sichern und wo kein Geld ist, können keine Gehälter, trotz aller Redaktionsbeschlüsse, gezahlt werden. Ein entscheidender Faktor der Pressekonzentration ist die Preissteigerung im Papier. Sie beruht aber nicht allein auf privatkapitalistischer Profitgier. Der Papierverbrauch, vor allem durch die Presse, aber auch im Buchdruck ist zu gross geworden. Die Neuinvestitionen zur Steigerung der Papierproduktion erfordern Unsummen.

Dass die Ministerpräsidenten und die Landtage die Gebührenerhöhung in Rundfunk und Fernsehen verhindern, ist ein Schildbürgerstreich allerersten Ranges. Sinkt die Qualität von Rundfunk und Fernsehen, so wird die Presse folgen. Dadurch, dass die Gebührenerhöhung in Rundfunk und Fernsehen unterbleibt, leiden am stärksten die Journalisten in Tages- und Wochenzeitungen, denn von ihnen ist ein beachtlicher Teil freier Mitarbeiter der Rundfunkanstalten. Während durch die Konzentration Journalisten freigesetzt werden, wird ihnen die Mitarbeit in Rundfunk und Fernsehen materiell ausserordentlich erschwert. Man wird wohl kaum behaupten können, dass die Ablehnung der Gebührenerhöhung auf kapitalistischen Erwägungen beruht, oder von kapitalistischen Kräften gesteuert wird.

Die Mängel der Privatwirtschaft sehe ich auch. Aher sie hat auch grosse Vorzüge gehabt und hat sie auch noch. Wogegen ich mich wehre ist, den Kapitalismus jetzt zum alleinigen Sündenbock zu machen. Das ist zu billig, aber eine beliebte Manier gerade junger neuzeitiger Historiker. Sie gehen einfach nicht differenziert genug vor.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr



75-3094-5

| | |
|-----------------------------|---------|
| Institut für Zeitgeschichte | |
| Akt 8294/92 | ZS 3094 |
| Exp. | Ra |

Professor Dr. THEODOR ESCHENBURG

7400 Tübingen, den 5.3.1986
Brannensstraße 29
Tel. (07141) 294506

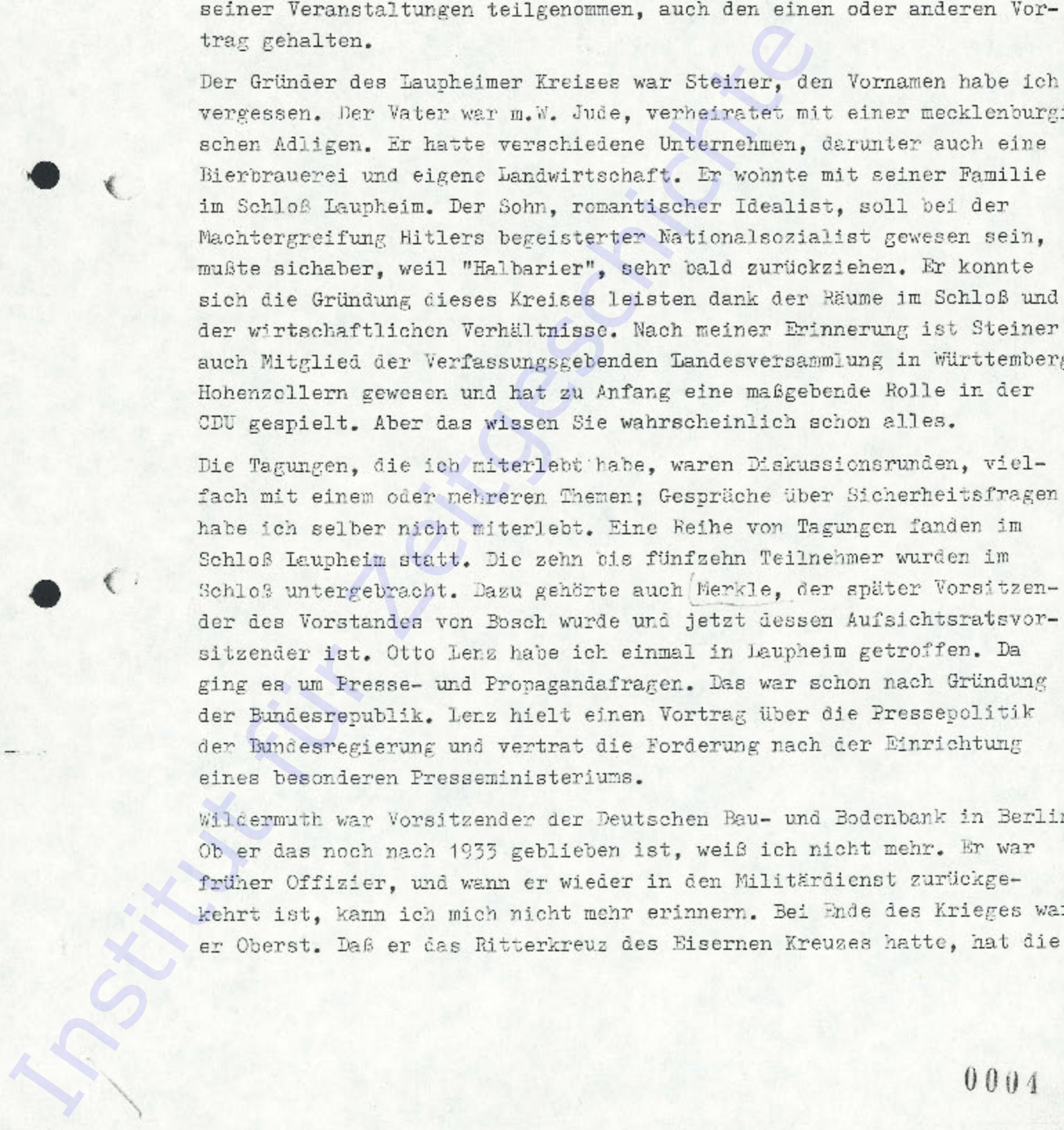
Sehr geehrter Herr Höfner!

Ich war nicht Mitglied des "Laupheimer Kreises", habe aber an manchen seiner Veranstaltungen teilgenommen, auch den einen oder anderen Vortrag gehalten.

Der Gründer des Laupheimer Kreises war Steiner, den Vornamen habe ich vergessen. Der Vater war m.W. Jude, verheiratet mit einer mecklenburgischen Adligen. Er hatte verschiedene Unternehmen, darunter auch eine Bierbrauerei und eigene Landwirtschaft. Er wohnte mit seiner Familie im Schloß Laupheim. Der Sohn, romantischer Idealist, soll bei der Machtergreifung Hitlers begeisterter Nationalsozialist gewesen sein, mußte sich aber, weil "Halbarier", sehr bald zurückziehen. Er konnte sich die Gründung dieses Kreises leisten dank der Räume im Schloß und der wirtschaftlichen Verhältnisse. Nach meiner Erinnerung ist Steiner auch Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung in Württemberg-Hohenzollern gewesen und hat zu Anfang eine maßgebende Rolle in der CDU gespielt. Aber das wissen Sie wahrscheinlich schon alles.

Die Tagungen, die ich miterlebt habe, waren Diskussionsrunden, vielfach mit einem oder mehreren Themen; Gespräche über Sicherheitsfragen habe ich selber nicht miterlebt. Eine Reihe von Tagungen fanden im Schloß Laupheim statt. Die zehn bis fünfzehn Teilnehmer wurden im Schloß untergebracht. Dazu gehörte auch Merkle, der später Vorsitzender des Vorstandes von Bosch wurde und jetzt dessen Aufsichtsratsvorsitzender ist. Otto Lenz habe ich einmal in Laupheim getroffen. Da ging es um Presse- und Propagandafragen. Das war schon nach Gründung der Bundesrepublik. Lenz hielt einen Vortrag über die Pressepolitik der Bundesregierung und vertrat die Forderung nach der Einrichtung eines besonderen Presseministeriums.

Wildermuth war Vorsitzender der Deutschen Bau- und Bodenbank in Berlin. Ob er das noch nach 1933 geblieben ist, weiß ich nicht mehr. Er war früher Offizier, und wann er wieder in den Militärdienst zurückgekehrt ist, kann ich mich nicht mehr erinnern. Bei Ende des Krieges war er Oberst. Daß er das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes hatte, hat die



Franzosen nicht gehindert, ihn als Wirtschaftsminister in Tübingen anzuerkennen.

General Speidel hatte sehr gute Beziehungen zu hohen französischen Offizieren. Sie kannten ihn aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Er korrespondierte auch nach 1945 mit englischen und vor allem amerikanischen Generälen. Speidel hatte eine Lehr-ermächtigung, später Lehrauftrag an der Universität Tübingen, über Kriegsgeschichte zu lesen und damit auch über Sicherheits- und Abrüstungspolitik. Wer ihm diesen Lehrauftrag verschafft hat, weiß ich nicht, höchstwahrscheinlich ist die Anregung von Carlo Schmid ausgegangen. Entscheidend war die Zustimmung der Franzosen. Er hat mir damals sein Buch über Rommel geschenkt. Speidel und ich haben verschiedentlich über die Frage der Sicherung Westdeutschlands gegenüber der Sowjetunion gesprochen. Die Sorge vor einer militärischen Intervention der Russen war sehr groß. Daß die Landesregierung 1948, also unter Gebhard Müller, einen Forschungsauftrag an Speidel gegeben hat, kann ich mich nicht mehr erinnern; das wäre aber möglich. Soweit ich mich erinnere, hat man damals an eine Wiederaufrüstung Deutschlands noch nicht gedacht, wohl aber die Möglichkeit erwogen, daß deutsche Freiwillige in den Militärdienst der Westalliierten treten könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

